

Forum Gemeinsames Hanau

**FGH**

Du. Ich. **Wir sind Hanau.**

## **Pressemappe 2012/13**

Mit freundlicher Genehmigung der Redaktionen von  
Hanauer Anzeiger, Frankfurter Rundschau, Hanau Post und der iaf e.V.

Für den Inhalt der Artikel sind die Redaktionen verantwortlich.  
Das Copyright der Artikel obliegt den Redaktionen.

[www.gemeinsam-hanau.de](http://www.gemeinsam-hanau.de)

# Migranten entsetzt

## Gegen Fraktionsstatus für „Republikaner“

**E**ntsetzt sind Vertreter des Forums Gemeinsames Hanau (FGH) darüber, dass die rechtsextremen Republikaner nun Fraktionsstatus genießen. Er habe „seinen Augen nicht getraut“, als er in der Parlamentssitzung am Montagabend sah, dass auch die Stadtverordneten der Grünen und der SPD mit Migrationshintergrund einer entsprechenden Änderung der Geschäftsordnung zustimmten, sagt der FGH-Vorsitzende Robert Erkan.

Schließlich hätten die „Republikaner“ erst vor einem guten Jahr in ihrem Antrag „Deutsche Schulen für deutsche Schüler“ ihr „nachweislich fremdenfeindliches Gedankengut“ bewiesen. In dem vom Palament abgelehnten Antrag hatten die „Republikaner“ gefordert, eigene Klassen für Kinder zu schaffen, die deutsch als Muttersprache sprechen. In der Begründung stand unter anderem, dass deutsche Schüler vor gewalttätigen Jugendlichen geschützt werden müssten, „die insbesondere unter Muslimen zu finden sind“.

Am Montag hatten die Stadtverordneten mit den Stimmen der Koalition aus SPD, Grünen, BfH und FDP sowie der rechtsextremen Republikaner einige Änderungen der Geschäftsordnung beschlossen. Dazu gehörte, dass künftig zur Bildung einer Fraktion nur noch zwei Stadtverordnete nötig sind (bisher waren es drei).

## Zu wenig Rechte für Beirat

Mit diesem Beschluss führten die Stadtverordneten „integrationspolitische Absichtsbekundungen“ wie die „Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie ad absurdum“, sagt Erkan. Er sieht zudem einen Zusammenhang zu einer Forderung, für die sich das FGH im Ausländerbeirat starkgemacht hatte: ein direktes Antragsrecht für den Ausländerbeirat. Es sei „äußerst schmerzlich“, dass die Änderung der Geschäftsordnung zwar den Republikanern den Fraktionsstatus bringe, nicht aber dem Ausländerbeirat das Recht, direkt Anträge an das Parlament stellen zu dürfen. (ran.)

